

Heftige Proteste gegen Lübecks Entmachtung im Uni-Rat

VON TORSTEN TEICHMANN
UND JULIA PAULAT

In Lübeck formiert sich Widerstand gegen die Besetzung des Universitätsrates: Das Gremium, das die drei Universitäten des Landes bündeln soll, bietet Kiel vier Stimmen, Lübeck und Flensburg jeweils nur zwei Stimmen. So hat es das Kieler Kabinett gestern mit dem neuen Hochschulgesetz von Wissenschaftsminister Dietrich Austermann (CDU) beschlossen. Lübecks Bürgermeister Bernd Saxe (SPD) wirft Austermann „Wortbruch“ vor. Denn nach dem ursprünglichen Plan sollten die drei Hochschulen im Uni-Rat gleichberechtigt vertreten sein.

„Ich kann die Landesregierung nur dringend vor diesem Wortbruch warnen“, sagte Saxe.

Das Land habe eine paritätische Sitzverteilung im Uni-Rat zugesichert. Es sei „nicht hinnehmbar“, dass die Lübecker Uni im künftigen gemeinsamen Rat der drei Universitäten „in die Minderheit gerät und Kiel ein starkes Übergewicht erhält“. Das sollten auch die Landtagsabgeordnete bei der entscheidenden Abstimmung am Jahresende bedenken, mahnte Saxe.

Professor Peter Dominiak, Rektor der Uni Lübeck, sieht darin gar eine „Fusion durch die Hintertür“. Denn die Kieler Hochschule sei nun deutlich in der Vorhand, sie könne den Vorsitzenden des Uni-Rates quasi im Alleingang bestimmen. Damit hat das Gremium insgesamt neun Mitglieder. Ihre Aufgabe ist es, die Entwicklung der drei Unis aufeinander abzustimmen. Unab-

hängig davon soll künftig ein übergeordneter Ausschuss die beiden Medizinischen Fakultäten in Kiel und Lübeck koordinieren. Er entscheidet über den Einsatz der Mittel für Forschung und Lehre – immerhin 70 Millionen Euro pro Jahr.

Die Besetzung des Uni-Rates empört auch Björn Engholm, den Vorsitzenden des Lübecker Hochschulbeirates, dem Beratungsgremium der Lübecker Uni. Man habe sich fest auf die Zusage verlassen, dass jede Universität zwei Stimmen im Uni-Rat erhalte. Würden die von Austermann jetzt vorgelegten Pläne Wirklichkeit, „könnte Kiel fast alles dominieren“. Engholm ist überzeugt davon, dass das vom Wissenschaftsministerium abgewandelte neue Hochschulgesetz „im Landtag nicht durchgeht“.

Ziel des neuen Hochschulgesetzes sei es gewesen, die Zusammenarbeit der Universitäten in Schleswig-Holstein zu verbessern und „Aufgaben zu teilen“. Stattdessen sei jetzt eine „Konfrontation vorgezeichnet“.

Engholm sprach auch die „verschiedenen Privatierungsmodelle“ für die Universitäten an. Da müsse jeder Entscheidungsträger genau darauf achten, ob er „dafür die Hände hoch hebt“. Es müsse die Frage gestellt werden, ob die Freiheit von Forschung und Lehre mit einer auf Gewinnoptimierung ausgerichtete privatisierten Universität „unter einen Hut zu bringen ist“.

Angelika Birk, Lübecker Landtagsabgeordnete der Grünen, bezeichnet den geplanten Uni-Rat schlichtweg als „Quatsch“. Das Gremium sei „überflüssig wie

ein Kropf“. Durch die Pläne Austermanns werde Lübeck stark geschwächt. Birk machte aber deutlich, dass sie auch gegen einen Uni-Rat wäre, wenn Lübeck darin die Mehrheit hätte: „Man muss sich doch keinen Wasserkopf anlachen.“ Statt der erwünschten verstärkten Kooperationen der Universitäten gebe es nun einen „unproduktiven Konkurrenzkampf“. Die Grünen-Abgeordnete plädiert für ein gemeinsames Beratergremium für alle Universitäten und Hochschulen im Land ohne Entscheidungsbefugnis.

Auch der Südschleswigsche Wählerverband (SSW) sieht eine „Kieler Dominanz statt ein Miteinander der Universitäten“. Nach den Plänen des Wissenschaftsministeriums soll das Hochschulgesetz zum 1. März in Kraft treten.